Donnerstag, 21. September 2023, 14:00 Uhr
~19 Minuten Lesezeit

# Die Klassenkampftradition der USA

In der Linken wurde die Arbeiterklasse der USA oft als dumpf diffamiert, dabei führte das US-Proletariat radikale Kämpfe gegen Konzerne und Staat und ist ein wichtiger Verbündeter im Kampf gegen das globalistische US-Imperium. Teil 1/2.

von Eric Angerer
Foto: Bits And Splits/Shutterstock.com

*Die USA haben keinen Sozialstaat und keine institutionalisierte Arbeiterbewegung wie in Westeuropa hervorgebracht. Vielleicht war gerade deshalb die Konfrontation der Arbeiterklasse mit dem Großkapital und seinem Staat häufig besonders heftig und militant. In den letzten Jahrzehnten hat sich die „woke" US-Linke mit ihrer Identitätspolitik immer weiter von den Lohnabhängigen und ihren Interessen entfernt und stellt für Arbeiterkämpfe ein Hindernis dar. Dennoch stehen große Teile der US-Arbeiterklasse der globalistischen Agenda ablehnend gegenüber und können im Widerstand dagegen eine wichtige Rolle einnehmen. Die Klassenkampf- und Widerstandstradition der US-Lohnabhängigen ist der größte Schatz dieses Landes und einer der größten der Welt: nämlich eine der wenigen Hoffnungen, dass das globalistische US-Imperium irgendwann einmal besiegt werden kann. Der vorliegende Text gibt einen Überblick darüber, was lohnabhängige Menschen in den USA alles getan haben, um für ihre Interessen und ihre Freiheit zu kämpfen.*

**Dass es die US-Arbeiterklasse nicht zu einer großen politischen** Interessenvertretung, einer spezifischen Arbeiterpartei mit stabilem Einfluss in der Gesellschaft und dem politischen System gebracht hat, hat mehrere Ursachen:

Erstens verfügte der stetig aufstrebende US-Kapitalismus, zumindest in den allermeisten Perioden, über mehr ökonomischen Spielraum als seine europäischen Konkurrenten. Das ermöglichte

einerseits den sozialen Aufstieg des „American Dream“, andererseits immer wieder zeitgerechte Zugeständnisse, um soziale Konflikte zu entschärfen.

Zweitens bot das „freie Land“ im Westen ein ständiges Ventil für soziale Spannungen. Einwanderer aus Europa waren zwar oftmals für einige Jahre Schuldknechte und musste die Kosten für ihre Überfahrt über den Atlantik abarbeiten. Insgesamt aber fanden Millionen Neuansiedler aus Europa, immer weiter nach Westen vorrückend, ausreichend fruchtbares Land und die Grundlage für eine neue Existenz.

Drittens war im „Land der Freiheit“ die Repression gegen die Arbeiterbewegung und gegen Sozialisten durch Polizei, Nationalgarde, Privatarmeen, Justiz und Geheimdienste stets scharf und systematisch. In der bewaffneten Siedlergesellschaft wurzelnd, wurden Klassenkonflikte häufig mit Schusswaffen ausgetragen. Die lange dünnen staatlichen Strukturen kompensierten ihre Schwäche durch Brutalität.

Viertens schufen immer neue Einwandererwellen und die soziale Hierarchie nach nationalen Kriterien die Grundlage für eine nachhaltige ethnische Fragmentierung der Gesellschaft. Britta Grell und Christian Lammert fassten 2013 in ihrer Einführung „Sozialpolitik in den USA“ zusammen:

„*Die ethnische Fragmentierung und insbesondere der Rassismus haben so verhindert, dass ein breiter gesellschaftlicher Konsens für einen ausgebauten Wohlfahrtsstaat entstehen konnte. (...) Insbesondere die Zersplitterung der Arbeiterschaft in unterschiedliche Migrantengruppen und Communities hat nach Ansicht vieler Historiker dazu geführt, dass von der Arbeiterbewegung der USA kein bedeutender sozialrevolutionärer Druck ausgegangen ist. (...)*

*So konnte die Arbeiterklasse kein Gegengewicht zum dominanten*

*Prinzip des Individualismus aufbauen, weil das Proletariat in den USA im Gegensatz zu vielen europäischen Ländern kein homogenes Ganzes bildete, sondern in streng voneinander getrennte ethnische und religiöse Gruppen zerfiel. Das hatte auch weitreichende Konsequenzen für den Aufbau sozialer Sicherungssysteme.*“

Dennoch hat die Arbeiterklasse in den USA über 150 Jahre immer wieder härteste Arbeitskämpfe ausgefochten. Sie demonstrieren einerseits, dass „die Amis“ keineswegs allesamt dumpfe und gehirngewaschene Mitläufer der Mächtigen sind. Und andererseits zeigen sie ein Kampfpotenzial angesichts des aktuellen Niedergangs des US-Imperiums.

## Die ersten 70 Jahre

Die Anfänge der US-amerikanischen Arbeiterbewegung reichen in die 1840er-Jahren zurück. Diese Frühphase war, wie es Friedrich Engels ausdrückte, „eine deutsche Angelegenheit“, also sehr stark von deutschen Einwanderern geprägt, nach 1848 besonders von flüchtigen Revolutionären. Beispiele für deutsche Sozialisten, die im Formierungsprozess von Arbeiterorganisationen in den USA große Bedeutung hatten, waren Wilhelm Weitling, August Willich und Joseph Weydemayer. Bei der Gründung der US-Sektion der Ersten Internationale spielte Friedrich Sorge die führende Rolle.

Im Bürgerkrieg zwischen 1861 und 1865 unterstützte die entstehende Arbeiterbewegung — mitgetragen von Karl Marx und Friedrich Engels — die Nordstaaten gegen die Sklavenhalter des Südens. Die ehemaligen 1848er-Revolutionäre aus Deutschland waren eine Speerspitze des republikanischen Kampfes gegen die Sklaverei und stellten im Krieg ganze Truppenverbände.

Die rasche Industrialisierung der USA und die elenden

Lebensbedingungen der immer größer werdenden Massen von Arbeitern führten 1877 zum sogenannten Großen Aufstand, der ersten großen Rebellion des US-Proletariats. Ausgehend von den Eisenbahnern entwickelten sich ein Massenstreik in großen Teilen des Landes und Generalstreiks in mehreren Großstädten; deutschstämmige Arbeiter waren daran überproportional stark vertreten. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen mit Polizei und Regierungstruppen, die teilweise in die Flucht geschlagen wurden. In etlichen Gemeinden übernahmen die Streikenden vorübergehend sogar die politische Macht — bevor der Aufstand mit militärischer Gewalt niedergeschlagen wurde.

Trotz der Niederlage stellte die spontane, oft unkoordinierte Rebellion für den Bewusstwerdungsprozess der amerikanischen Arbeiterklasse einen wichtigen Bezugspunkt dar. Die organisierte Arbeiterbewegung konnte sich in den darauffolgenden Jahren deutlich verstärken, und es entstanden verschiedene politische Zusammenschlüsse. Die wichtigste sozialistische Publikation in dieser Phase war die *New Yorker Volkszeitung*, eine deutschsprachige Tageszeitung, die von Hermann Schlüter herausgegeben wurde.

Friedrich Engels kritisierte nun seine Genossen in den USA, dass sie sich zu sehr auf ihre Hochburgen unter den deutschen Einwanderern konzentrierten und sich zu wenig um die Ausdehnung auf das englischsprachige Proletariat bemühten. Vor allem auf gewerkschaftlicher Ebene, noch nicht auf der politischen, begann sich das nun langsam zu ändern — unter anderem mit dem Aufstieg der „Knights of Labor“ unter Terence Powderly und dann mit der Formierung der „American Federation of Labor“ (AFL), die von Samuel Gompers und Adolf Strasser geführt wurde.

Der Generalstreik für den 8-Stunden-Tag am 1. Mai 1886 war vorerst ein durchschlagender Erfolg. An vielen Orten, besonders in dem von Deutschen geprägten Mittleren Westen, hatten Arbeiter schon

vorbereitend bewaffnete Gruppen gebildet, um sich gegen Angriffe der „Pinkertons“ und anderer Privatarmeen der Kapitalisten sowie der Polizei verteidigen zu können. Die Auseinandersetzungen wurden dann aber vom Staatsapparat eskaliert, vier Streikende erschossen und Unzählige verletzt.

Am Ende einer Kundgebung gegen die Polizeirepression am Haymarket in Chicago flog eine Dynamitladung in eine Polizeieinheit, wodurch ein Polizist getötet und zahlreiche Polizisten verletzt wurden. Dieser Anschlag, der möglicherweise vom Staat selbst durchgeführt worden war, wurde nun einer Gruppe mehrheitlich deutscher Anarchisten um August Spies in die Schuhe geschoben, die schließlich nach einem Schauprozess hingerichtet wurden. Gleichzeitig begann eine bis dahin beispiellose Hetzkampagne und Repression, die die US-Arbeiterbewegung für einige Zeit in die Defensive brachte.

Die nächsten Jahre waren aber immerhin eine Zeit der zunehmenden Verankerung der der Organisationen der Bewegung unter englischsprachigen Arbeitern. Gleichzeitig wurde die AFL aber immer berufsständischer, ganz zu schweigen von einer Diskriminierung von Frauen und Schwarzen.

In den Jahren 1892 bis 1894 kam es zu einer neuen Streikwelle, unter anderem von Stahlarbeitern. Bei einem Metallarbeiterstreik in Pennsylvania und einem Bergarbeiterstreik in Idaho gab es schwere Kämpfe zwischen Streikenden und Pinkertons. Während der Generalstreik in New Orleans — trotz der systematischen Versuche von Unternehmern, Staat und Presse, die Arbeiter in Weiße und Schwarze zu spalten — siegreich war, wurde der von Eugene Debs geführte Eisenbahnerstreik mit brutaler Repression niedergeschlagen, viele Streikende getötet, Debs und andere eingesperrt.

Auf der Ebene der politischen Organisierung wurde 1898 unter der

Führung von Debs und Victor Berger, dem Herausgeber des *Wisconsin Vorwaerts*, die „Social Democratic Party of America“ gegründet und schließlich 1901 die „Socialist Party of America“ (SPA), die erste „amerikanische“ Arbeiterpartei, die nicht mehr so eindeutig von deutschstämmigen Arbeitern dominiert war. Dennoch blieben in der US-Arbeiterbewegung die Deutschstämmigen in jedem Fall bis zur Zeit des Ersten Weltkriegs, in der die Deutsch-Amerikaner massiven Anfeindungen und einem Assimilierungsdruck ausgesetzt waren, und auch noch in der Zwischenkriegszeit überrepräsentiert.

1905 wurden dann die „Industrial Workers of the World“ (IWW) formiert, eine nicht berufsständische gewerkschaftliche Organisation unter der Führung von Debs, Daniel de Leon und „Big Bill“ Haywood. Auch in den darauffolgenden Jahren bis zum Ersten Weltkrieg fanden immer wieder Streikbewegungen statt, die oft auch in Konflikt mit den Machtorganen des kapitalistischen Staates gerieten. Die SPA erreichte 1912 mit 126.000 Mitgliedern den Höhepunkt ihrer organisatorischen Stärke, wurde dann aber zunehmend durch Fraktionskämpfe zerrissen.

## Von 1917 bis 1941

Während die AFL im Ersten Weltkrieg offen die imperialistische Kriegspolitik unterstützte, stellten sich — anders als die meisten europäischen Sozialdemokratien — SPA und IWW gegen den Krieg. Die Streiks nahmen wieder zu und damit einhergehend auch die staatliche Repression. Gleichzeitig konnte aber auch die SPA wieder gestärkt werden. So erhielt der wegen seiner Antikriegshaltung inhaftierte Debs bei den Präsidentschaftswahlen 1920 über 900.000 Stimmen. Das waren über sechs Prozent der gültigen Stimmen und damit das beste Ergebnis, das jemals ein sozialistischer Kandidat in den USA erreichen sollte.

Bei Kriegsende kam es zu einer großen Streikwelle. Allein im Jahr 1919 fanden 3.630 Streiks statt, an denen sich 4,2 Millionen Arbeiter beteiligten: Textilarbeiter, Hafenarbeiter, Stahlarbeiter et cetera. Eine starke Solidarisierungsbewegung mit der Russischen Revolution entstand, und in Seattle kam es nicht nur zu einem Generalstreik, sondern Arbeiterräte übernahmen sogar kurzzeitig die Macht. Massive Gegenschläge des Staates und die berufsständische und konservative Haltung der AFL waren dafür verantwortlich, dass diese gigantische Streikbewegung gebrochen werden konnte.

Noch im selben Jahr stieg der Einfluss des linken, an den russischen Bolschewiki orientierten Flügels in der SPA um Louis Fraina, John Reed und Kate O´Hare. Der Ausschluss zahlreicher Mitglieder dieses Flügels führte 1920 zu Gründung der „United Communist Party“ (später CPUS).

Allerdings hatte die neue Partei von Anfang an mit ziemlichen Problemen zu kämpfen: Erstens dominierte auch nun wieder, so wie in der frühen US-Arbeiterbewegung, eine Einwanderergruppe, diesmal die Osteuropäer, was die Partei tendenziell von der Masse der US-Arbeiter isolierte. Zweitens entwickelte sich eine Haltung in der Partei, die in der Frage der Illegalität aus der Not eine Tugend machte und sich gegen eine — vermutlich ab etwa 1921 mögliche — Legalisierung sträubte. Drittens entstand in der Isolation der Illegalität ein ultralinkes Sektierertum gegenüber der AFL, das es der Partei verunmöglichte, trotz der reaktionären Gewerkschaftsführung eine Politik gegenüber der Basis zu entwickeln. Viertens gab es eine Reihe interner Streitigkeiten, die die Partei zu paralysieren drohten.

Die Legalisierung der CPUS Ende 1922 brachte dann einen Aufschwung. Es entstand eine neue Führung aus Charles Ruthenberg, Jay Lovestone, James P. Cannon und William Z. Foster. Dennoch hielten die Fraktionskämpfe an und wurden durch die

Stalinisierung der Komintern ab 1923 dann noch deutlich verschärft. Bis 1929 war Lovestone der entscheidende Mann der Sowjetbürokratie in der CPUS, dann wurde Foster zur zentralen Vertrauensperson Stalins in der amerikanischen Partei. Bereits im Oktober 1928 wurde die Strömung um Cannon wegen Trotzkismus aus der CPUS ausgeschlossen, und sie formierte die „Communist League of America“, aus der später die „Socialist Workers Party“ entstehen sollte.

Allgemein waren aber die 1920er-Jahre eine Phase der Expansion für den US-Kapitalismus und eine Phase der Flaute für die Gewerkschaftsbewegung. Für internationales Aufsehen sorgte 1927 freilich der Sacco-Vanzetti-Fall, bei dem die beiden italienischstämmigen Anarchisten aufgrund massiver Polizeimanipulationen des Mordes angeklagt und hingerichtet wurden. Die Kampagne für ihre Freilassung hatte zu einer großen internationalen Solidaritätsbewegung geführt, in der die krasse Klassenjustiz in den USA deutlich gemacht wurde.

Ab 1929 änderte sich die ökonomische, soziale und politische Situation rasch. Der Börsenkrach führte zu einer Halbierung der Produktion, die Reallöhne sanken auf 45 Prozent, die Arbeitslosigkeit stieg von 3 auf 15 Millionen. In den Jahren 1930 bis 1932 entstand eine starke Arbeitslosenbewegung, mit Arbeitslosenräten, die oft unter Einfluss der CPUS standen, und großen Hungermärschen. Der sogenannte New Deal brachte ab 1933 stärkere staatliche Eingriffe und Arbeitsbeschaffungsprogramme.

Gleichzeitig gab es zunehmend Auseinandersetzungen um Tarifverhandlungen, und es entwickelte sich eine Streikwelle, an der sich 1933 900.000 Arbeiter, 1934 1,5 Millionen und 1935 1,2 Millionen beteiligten. Im Jahr der härtesten Kämpfe (1934) waren besonders die Textil-, die Hafen- und die Transportarbeiter beteiligt. Die „Teamster Rebellion“ in Minneapolis stand unter trotzkistischer

Führung, übernahm zeitweise die Kontrolle über die Stadt und konnte ziemliche Erfolge verbuchen. Die Streikwelle führte einerseits zu Zugeständnissen des Staates und andererseits zu einer zunehmenden Organisierung von ungelernten Arbeitern in der Großindustrie.

Gegenüber dieser Organisierung von Ungelernten verhielt sich die AFL aber berufsständisch-borniert. Eine AFL-Opposition unter John Lewis, dem Vorsitzenden der Bergarbeitergewerkschaft United Mine Workers (UMW), stellte sich dagegen. Vorerst im Rahmen der AFL entstand das „Committee for Industrial Organization“ (CIO), und es begann eine systematische Organisierungskampagne in der Großindustrie.

Der berühmte Sitzstreik, also ein Besetzungsstreik, bei General Motors in Flint im Dezember 1936 hatte Vorbildwirkung und sollte wesentlich zum Aufstieg des CIO beitragen, das sich schließlich im November 1938 mit dem Namen „Congress of Industrial Organization“ als eigener Gewerkschaftsdachverband, außerhalb der AFL, formierte. Die Mitgliederzahl stieg von 1936 bis 1940 von einer Million auf vier Millionen.

Das weitgehende Fehlen einer proletarischen Klassenpartei gab den US-Gewerkschaften in der Zeit zwischen den Kriegen oft ein überproportionales Gewicht in der dortigen Arbeiterbewegung. Diese Gewerkschaften spielten immer wieder eine ausgesprochen bornierte und reaktionäre Rolle, was dazu führte, dass viele wichtige Klassenkämpfe auch gegen die oder neben den Gewerkschaftsstrukturen entstanden. Diese spontanen und oft sehr militanten Revolten brachen aber in der Regel auch wieder schnell in sich zusammen — eben weil eine beständige politische Perspektive meist fehlte.

# Der Zweite Weltkrieg und danach

Der Zweite Weltkrieg, in den der US-Imperialismus Anfang Dezember 1941 einstieg, führte zu einer Kriegskonjunktur: Die Profite stiegen um 250 Prozent, und die Arbeitslosigkeit ging deutlich zurück. Die Kriegskampagne der Regierung wurde nicht nur von AFL und CIO unterstützt, sondern auch von der kleinen US-Sozialdemokratie und der CPUS. Die Gegner des imperialistischen Krieges, diesmal die SWP, waren erneut von staatlichen Repressalien betroffen. Gegen Ende des Krieges war die US-Arbeiterklasse dann immer weniger bereit, ihre Interessen dem Krieg des US-Großkapitals unterzuordnen, und es entwickelte sich in den Jahren 1944 bis 46 eine massive Streikwelle.

Der Kriegseintritt hatte der US-amerikanischen Kapitalistenklasse eine willkommene erste Möglichkeit geboten, den ohnehin nicht sehr weitgehenden Errungenschaften der Arbeitsgesetzgebung des New Deals entgegenzuwirken. Es war eine paritätische Kommission, das National War Labor Relations Board, geschaffen worden, das, bestehend aus Vertretern von Gewerkschaften, Unternehmen und der Regierung, arbeitsrechtliche Fragen entschied.

Im Zuge dessen waren die Löhne im Wesentlichen auf dem Niveau vom 15. September 1942 festgeschrieben worden; Regelungen, die den Gewerkschaften Mitglieder sichern sollten, wurden verabschiedet, und war es verboten, während laufender Verträge aus der Gewerkschaft auszutreten. Das und Ähnliches hatte einerseits zur Folge, dass bis 1946 69 Prozent der in der Produktion beschäftigten Arbeiter gewerkschaftlich organisiert waren. Als Preis dafür begaben sich die Gewerkschaften jedoch zunehmend in Abhängigkeit von der Regierung und nahmen disziplinierende Positionen gegenüber ihren Mitgliedern ein.

Vor diesem Hintergrund werden Veränderungen in Arbeitskämpfen

während des Kriegs verständlich: Mit kurzen, wilden Streiks wurde für Forderungen jenseits des „offiziellen“ gewerkschaftlichen Rahmens gekämpft beziehungsweise gegen Entlassungen und Disziplinierungen protestiert. Gewerkschaftsführungen hatten auf diese Streiks kaum Einfluss, und auch das War Labor Relations Board konnte sich diesen nur langsam verschaffen. Aufgrund ihrer strukturellen Abhängigkeit war es vielmehr so, dass die Gewerkschaften mit den Unternehmen in der Unterbindung der Streiks zusammenarbeiteten; die Kämpfe wurden von der Basis geführt und hatten dementsprechend auch einen stark demokratischen Charakter. Organisation und Leitung erfolgten meist aus der Gruppe selbst.

Ab dem Sommer 1942 nahmen solche Kampfformen rapide zu, 1944 war schließlich das Jahr mit den meisten Streiks in der Geschichte der USA überhaupt. Die insgesamt fast 15.000 Streiks mit einer Beteiligung von etwa 6,8 Millionen Arbeiter während der 44 Kriegsmonate waren immerhin bezüglich lokaler Verbesserungen durchaus erfolgreich.

Bei Kriegsende traten die führenden Gewerkschaftsbürokraten Philip Murray, Präsident der CIO, und William Green, sein Gegenüber von der AFL, mit dem Abkommen „Charter of Industrial Peace“, geschlossen mit dem Präsidenten der Chamber of Commerce, auf den Plan. Es handelte sich um einen Versuch, den Status quo gewissermaßen in den Frieden herüberzuretten. Nach den Erfahrungen der Kriegsjahre forderten die Unternehmen von den Gewerkschaften folgerichtig Garantien gegen wilde Streiks. Die Tarifverhandlungen liefen auf wenig mehr als ein Halten des Kriegslohnniveaus hinaus. Tatsächlich hatte sich aufgrund weniger Überstunden und der Herabqualifizierung von Arbeitsplätzen ein Lohnniveau ergeben, das real 11 Prozent niedriger lag als das von 1941.

Entgegen aller Stillhaltepolitik der Gewerkschaftsbürokratien

begann unmittelbar mit dem Kriegsende auch eine weitreichende Streikwelle. Im September 1945 traten 43.000 Ölarbeiter in den Streik, es folgten 100.000 Kohlearbeiter, 44.000 Holzarbeiter, 70.000 Lastwagenfahrer, 40.000 Maschinenarbeiter und noch weitere.

Bereits drei Tage nach dem Kriegsende forderten die „United Auto Workers“ (UAW) von General Motors eine 30-prozentige Lohnerhöhung bei gleichzeitigem Verbot, die Preise zu erhöhen. Ende November wurde der Schlichtungsversuch des Präsidenten der UAW, Walter Reuther, abgelehnt, der an die Forderung geknüpft war, die Unternehmensführung möge ihre Finanzen offenlegen, wenn die Unternehmensführung, wie sie behauptete, zur Lohnerhöhung aufgrund der Wirtschaftslage nicht imstande sei. Danach traten 225.000 Arbeiter in den Streik.

Das Beispiel machte bald Schule, es folgten der Reihe nach Elektrizitätsarbeiter, die in der Fleischverarbeitung beschäftigten Meatpacker, eine Dreiviertelmillion Stahlarbeiter et cetera — bis schließlich 1946 auf dem Höhepunkt der Streikwelle 1,6 Millionen Menschen die Arbeit niedergelegt hatten. Insgesamt waren es in diesem Jahr 4,6 Millionen Arbeiter.

Die Regierung Harry Truman reagierte schnell und hart: Sogenannte Fact Finding Boards wurden aufgestellt, sie sollten Daten sammeln und danach den Parteien Kompromisse vorschlagen. Über die „neutrale“ Haltung dieser Kommissionen brauchte man sich keine Illusionen zu machen, sie orientierten sich meist mit geringfügigen Zugeständnissen für die Streikenden an dem, wozu die jeweiligen Konzerne bereit waren. Währenddessen sollte die Arbeit wieder aufgenommen werden.

Wo das jedoch nicht durchsetzbar war, wurde auch zu anderen Mitteln gegriffen: Die Drohung, gestützt auf Kriegsreglements das Militär als Streikbrecher einzusetzen, wurde im Oktober 1946 in der

Ölindustrie, im Januar 1947 in der Fleischindustrie, im Mai 1947 gegenüber den Eisenbahnarbeitern wahr gemacht. Der Gewerkschaft der Bergarbeiter, die bis November auch der Armee nicht gewichen waren, wurde schließlich per Gericht der Streik verboten. Die Arbeiter streikten weiter, worauf die Gewerkschaft mit einer Strafe von 3, 5 Millionen US-Dollar außer Gefecht gesetzt wurde. Diese Praxis ist heute institutionalisiert, sie erstreckt sich nicht nur auf Strafen für die Gewerkschaften oder deren Führer, sondern sogar auf individuelle Mitglieder.

Generell gelang es der Regierung, in weiten Bereichen Lösungen zu diktieren, was nicht zuletzt auf das Konto der obrigkeitshörigen Gewerkschaftsbürokratien ging. Besonders schwer wog ihr unsolidarisches Verhalten: Verträge wurden sehr beschränkt und lokal abgeschlossen, was die Position insgesamt massiv schwächte.

## Institutionalisierung der Gewerkschaften

Die Weichenstellungen, die dieser Konflikt mit sich brachte, der so nahe an einen Generalstreik herankam wie keiner im ganzen 20. Jahrhundert mehr, schlugen sich relativ schnell auch in Gesetzeswerken nieder. Der Taft-Hartley Act von 1947, offiziell Labor Management Relations Act, lief in etwa auf das hinaus, was den oben erwähnten „industriellen Frieden“ kennzeichnen sollte: Er umfasste einige Zugeständnisse in sozialen Bereichen, wie etwa der Krankenversicherung, und enthielt ansonsten vor allem Maßnahmen, die das Recht und die Möglichkeit auf Streiks und Organisierung hart eindämmten:

- Das Prinzip der Closed Shops, also Fabriken, in denen nur Gewerkschaftsmitglieder eingestellt werden dürfen, wurde verboten.
- Das Recht auf Organisierung wurde insofern eingeschränkt, als es nur dann gegeben war, wenn es die Gesetze des jeweiligen Bundesstaates zuließen.
- Bei Abstimmungen über die Organisierung durften nun auch die während eines Streiks Neueingestellten mitstimmen.
- Streiks mussten 60 Tage zuvor angekündigt werden und konnten von einem föderalen Gericht bei „Gefährdung der nationalen Sicherheit“ für 80 Tage ausgesetzt werden.
- Schließlich gab es noch Regelungen, die etwa Solidaritätsaktionen vor Streikposten verboten oder — dies waren die McCarthy-Jahre — ein Verbot der Mitgliedschaft von Kommunisten.

Aufbauend auf dem Taft-Hartley Act wurden eine Reihe weiterer Gesetze beschlossen oder bestehende gesetzliche Bestimmungen auf die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit angewendet, um die Vertretung von Arbeiterinteressen zu behindern oder ganz unmöglich zu machen. So wurde etwa ein von „Liberalen“ durchgesetztes Anti-Kartell-Gesetz gegen die Gewerkschaften angewendet, da diese ja „irgendwie auch ein Kartell“ — zur Durchsetzung der grundlegendsten Forderungen ihrer Basis — darstellten.

Diese Linie wurde auch 1959 im Landrum-Griffin Act fortgesetzt, der nochmals eine Übertragung von mehr Freiheiten an die Bundesstaaten — mit katastrophalen Folgen für die Arbeiterbewegung im Süden — bedeutete und ein striktes Verbot von Solidaritätsstreiks vorsah. Keines dieser Regelwerke wurde jemals von Regierungen der Demokratischen Partei angetastet.

Bis 1953 verebbte der Zuwachs an Gewerkschaftsmitgliedern. Die Gewerkschaften hatten sich bis dahin in der Nachkriegsordnung etabliert und konsolidiert: Es gab kollektive Verhandlungen in einem

Großteil der Industrie, das Recht auf Streik war einigermaßen erhalten, und es war eine starke Bindung an die Demokratische Partei entstanden — wie generell bis heute unter den Funktionären die Illusion existiert, über Lobbying auf parlamentarischem Weg Verbesserungen durchzusetzen.

1955 kam es außerdem zur Vereinigung von AFL und CIO zur AFL-CIO, die seither die größte zentrale Gewerkschaftsorganisation in den USA darstellt: Eine Annäherung ergab sich seit dem gemeinsamen Versuch, gegen Taft-Hartley Position zu beziehen. Nach dem Rausschmiss einer ganzen Reihe von klassenkämpferischen Funktionären aus der CIO fand die Vereinigung schließlich unter dem vormaligen AFL Präsident George Meany statt, dessen politische Linie von UAW-Führer Reuther folgendermaßen beschrieben wurde:

„*Meany glaubte fest an die freie Marktwirtschaft im Rahmen eines pluralistischen politischen Systems. Dies sei die beste Umgebung für das Funktionieren von Gewerkschaften. Konsequent blieb er Zeit seines Lebens ein erbitterter Antikommunist. In seiner Vorstellung gab es keinen unvermeidlichen Klassenkampf, noch sah er eine Notwendigkeit dafür.*“

Die AFL-CIO zählt seither zu den kräftigsten Geldgebern für die Wahlkämpfe der Demokraten. Die Demokraten aber setzen mit einem Kongress-Ausschuss, der McClellan-Kommission, den Gewerkschaften kräftig zu: Angeblich ging es darum, die Gewerkschaften von der „organisierten Kriminalität“ zu säubern; in Wirklichkeit sollen sie einer permanenten staatlichen Kontrolle unterstellt werden. Im Komitee fanden sich übrigens die später gerne als besonders „arbeiterfreundlich“ beschriebenen Kennedy-Brüder.

Die Periode der Prosperität des US-Kapitalismus und der sie bestimmende „institutionalisierte Klassenkompromiss“ zwischen

Unternehmen und Gewerkschaftsführungen ermöglichten vorübergehende Errungenschaften. Die sich entwickelnde Konsumgesellschaft brachte auch unteren sozialen Schichten einen bisher kaum erreichten Lebensstandard. Allerdings blieben ethnische und auch soziale Minderheiten davon oft ausgeschlossen.

Intern kam es entlang der alten Organisationslinien zwischen AFL und CIO zu ständigen Reibereien in einer Frage, die immer mehr Brisanz gewann: Wie stehen die Gewerkschaften zur Organisierung von Schwarzen in den Berufsverbänden? Die AFL-CIO-Statuten sahen zwar die Gleichstellung aller Arbeiter vor; einige angeschlossene Gewerkschaften aber lehnen die Aufnahme von Farbigen ab. Erst die Gründung des „Negro American Labour Council“ durch Philip Randolph, Präsident der „All-Black Brotherhood of Sleeping Car Porters“, der die Diskriminierungspraktiken innerhalb der Gewerkschaftsbewegung öffentlich anprangerte, brachte Bewegung in die Debatte.

Reuther, aufgrund der sozialen Veränderungen in den Industriegewerkschaften stärker sensibilisiert als Meany, der sich nach wie vor auf die Berufs- und Branchenverbände stützte, hatte durchaus berechtigte Ängste vor einer Gewerkschaftsspaltung auf der Basis der „Rassen“-Zugehörigkeit. Er forderte im AFL-CIO-Präsidium den Beschluss einer „affirmative action“: Von oben her sollten schwarze Kandidaten für Gewerkschaftspositionen vorgeschlagen und notfalls auch eingesetzt werden können, des Weiteren sollten in allen Gewerkschaften „Bürgerrechtskomitees“ geschaffen werden. Reuther konnte sich gegen Meany nicht durchsetzen. Letztlich war es nicht zuletzt diese Frage, die 1968 zur Abspaltung der United Automobile Workers von der AFL-CIO führte.

Die häufig sehr langfristigen Verträge schrieben die Nachkriegsordnung fest. Der Preis für die Sicherheiten war, dass die Gewerkschaften dem Management gegenüber Garantien abgaben, dass bei Einhaltung der Verträge nicht gestreikt wird. Die

strukturelle Abhängigkeit, die sich daraus ergab, kann in ihren Folgen kaum überschätzt werden.

*In Teil 2 wird es um das Roll Back, das Zurückdrängen der Gewerkschaften, in den 1980er-Jahren sowie um den Neuaufschwung der Arbeiterbewegung in den 1990er-Jahren gehen. Es wird die Entwicklung der Klassenkämpfe in den USA seit der Jahrtausendwende beschrieben sowie ein Resümee der US-Arbeiterbewegung gezogen und das weitere Potenzial besprochen.*

---

**Eric Angerer**, Jahrgang 1974, ist studierter Historiker und war als Nachrichtenjournalist tätig. Die letzten Jahre arbeitete der begeisterte Alpinist im Bildungsbereich, unter anderem als Sportlehrer. Er verfasste und redigierte zahlreiche historische Texte und solche der marxistischen Theorie. Sein politisches Engagement bezog sich lange Zeit vor allem auf die Unterstützung betrieblicher Selbstorganisation von Beschäftigten in Industrie und Gesundheitswesen. Aktuell beteiligt er sich an der Initiative „Analyse Widerstand Freiheit“ (AWF) in Österreich.